

Bilanz des Ausschusses des Deutschen Bundestages für die Angelegenheiten der Europäischen Union 1999

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, der vor fünf Jahren am 14. Dezember 1994 eingerichtet worden ist, hat ein arbeitsreiches und intensives Jahr hinter sich, in welchem unter anderem der Umzug von Bonn nach Berlin zu verkraften war.

Im ersten Halbjahr stand naturgemäß die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Vordergrund, die nicht nur die Bundesregierung, sondern auch den EU-Ausschuss des Deutschen Bundestages besonders beansprucht hat. Dieser hat in voller Ausschöpfung seiner verfassungsrechtlich verankerten Rechte die Ratspräsidentschaft von Anfang an intensiv begleitet und der Bundesregierung seine Auffassung mitgeteilt. Dies betraf besonders den Berliner und den Kölner Europäischen Rat. Der EU-Ausschuss bei dem umfangreichen Beratungspaket der Agenda 2000.

Die Ausschussthemen spiegeln wider, wie zeitnah der EU-Ausschuss Überlegungen und Handlungen der Bundesregierung begleitet. So standen im Berichtszeitraum im Vordergrund der Beratungen des Ausschusses sämtliche Aspekte der Agenda 2000, die Erweiterung der EU, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die institutionellen Reformen der EU, die Betrugsbekämpfungseinheit OLAF, die Hilfe der EU für die Flüchtlinge und Vertriebenen im Kosovo, der Stabilitätspakt auf dem Balkan sowie der Europäische Beschäftigungspakt und weitere Themen.

Im zweiten Halbjahr 1999, während der finnischen Ratspräsidentschaft, hat der Ausschuss unter anderem auf dem Feld der Erweiterung einen wichtigen Akzent gesetzt: Er hat sich beispielsweise mit jedem der zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidatenländern sowie Malta und Zypern in gesonderten Sitzungen befasst, ein Fachgespräch mit hochrangigen Vertretern internationaler und europäischer Finanzinstitutionen zu deren Hilfen für den Transformationsprozess der MOEL und schließlich kurz vor dem Europäischen Rat in Helsinki ein Fachgespräch mit den Botschaftern aller zwölf Beitrittskandidatenländer durchgeführt. Daneben hat sich der Ausschuss ausführlich mit der 3. WTO-Ministerkonferenz in Seattle sowie mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik befasst und der Bundesregierung vor den Europäischen Räten in Tampere und Helsinki seine Auffassung mitgeteilt.

Hervorzuheben ist schließlich das Projekt einer Europäischen Charta der Grundrechte, bei dem der Europaausschuss federführend ist. Zwei seiner Mitglieder, Prof. Dr. Jürgen Meyer und Peter Altmaier, wurden vom Deutschen Bundestag als dessen Vertreter in das Gremium gewählt, welches die Grundrechte-Charta ausarbeiten soll und sich am 17. Dezember 1999 in Brüssel konstituiert hat.

1. Plenarsitzungen mit europapolitischen Themen

Das Plenum hat sich im Berichtszeitraum wiederholt mit europapolitischen Themen befasst, insbesondere im Vorfeld der Gipfel von Berlin, Köln, Tampere und Helsinki.

- 15. Sitzung am 20. Januar 1999: Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung zu den Vorkommnissen in der Europäischen Kommission und deren Behandlung im Europäischen Parlament.
- 24. Sitzung am 3. März 1999: Aktuelle Stunde betr. Haltung der Bundesregierung zur Agenda 2000 nach dem informellen EU-Gipfel des Wochenendes und dem Scheitern der Vorschläge des EU–Agrarministerrates.
- 27. Sitzung am 18. März 1999: Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum Stand der Agenda 2000 nach dem Rücktritt der Europäischen Kommission und

Beratung der Beschlussempfehlung des EU-Ausschusses zur Agenda 2000 und mehrerer Fraktionsanträge.

- 31. Sitzung am 26. März 1999: Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Lage im Kosovo nach dem Eingreifen der NATO und zu den Ergebnissen der Sondertagung des Europäischen Rates in Berlin.
- 41. Sitzung (Sondersitzung) am 8. Juni 1999 zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 3. und 4. Juni in Köln und zum Stand der Friedensbemühungen im Kosovo-Konflikt.
- 55. Sitzung am 16. September 1999: Verifikationsabkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen in Europa (Gesetzentwurf der Bundesregierung).
- 58. Sitzung am 30. September 1999: Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung des Gemeinschaftlichen Aktionsprogramms "Jugend".
- 63. Sitzung am 28. Oktober 1999: Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Sondertagung des Europäischen Rates in Tampere am 15./16. Oktober 1999.
- 77. Sitzung am 3. Dezember 1999: Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum bevorstehenden Europäischen Rat in Helsinki am 10./ 11. Dezember 1999.
- 79. Sitzung am 16. Dezember 1999: Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Helsinki am 10./11. Dezember 1999.

Der EU-Ausschuss veröffentlicht regelmäßig die stenographischen Protokolle der europapolitischen Debatten im Plenum. So erscheinen beispielsweise die Debatten des Jahres 1999 als Band 3, Teil 1 und 2 der Schriftenreihe des Ausschusses.

2. EU-Ausschusssitzungen

a) Anzahl der Sitzungen

Der EU-Ausschuss hat seit Beginn der Legislaturperiode 32 Sitzungen (das heisst 28 Sitzungen seit 1. Januar 1999) durchgeführt.

Häufig waren dabei Regierungsmitglieder sowie Staatssekretäre verschiedener Ressorts anwesend. Außerdem macht der EU-Ausschuss regelmäßig von der Möglichkeit Gebrauch, Sachverständige zu seinen Sitzungen einzuladen, um die Informationslage seiner Mitglieder zu verbessern, die Grundlage der Debatten zu vertiefen und um seine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung erfüllen zu können.

b) Häufigkeit der Anwesenheit von Bundeskanzler, Bundesminister und/oder Staatsministern

Der Bundeskanzler hat dem Ausschuss seit Beginn der Legislaturperiode zweimal zur Verfügung gestanden (am 10. März 1999 sowie am 29. September 1999). Der Bundesminister des Auswärtigen hat dreimal an Sitzungen des EU-Ausschusses teilgenommen (am 18. November 1998, am 2. Dezember 1998 und am 2. Juni 1999) sowie zweimal im Obleutegespräch zur Verfügung gestanden (am 21. Januar 1999 und am 8. Dezember 1999). Der Bundesminister der Finanzen war zweimal im EU-Ausschuss (am 3. März 1999 und am 2. Juni 1999), der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einmal (am 10. Februar 1999), genau wie Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die ebenfalls einmal zur Verfügung gestanden hat (am 3. November 1999). Saatsminister Günter Verheugen unterrichtete den Ausschuss wiederholt im 1. Halbjahr 1999 über den Stand und Verlauf der deutschen Ratspräsidentschaft. Nach der Ernennung von Günter Verheugen zum Mitglied der Europäischen Kommission unterrichtete Staatsminister Dr. Christian Zöpel im 2. Halbjahr 1999 den Ausschuss regelmäßig über die Position der Bundesregierung zur Erweiterung, über die Regierungskonferenz zur

institutionellen Reform und zur Arbeitsweise des Rates, über die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie über das Projekt einer Europäischen Grundrechte-Charta.

**c) Staatssekretäre Auswärtiges Amt sowie anderer Ressorts und
Abteilungsleiter**

Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes, Dr. von Ploetz (1. Halbjahr) und Dr. Pleuger (2. Halbjahr), standen dem Ausschuss beinahe in jeder Sitzung zur Verfügung. Dasselbe gilt auch für die Parlamentarischen Staatssekretäre, Staatssekretäre und Abteilungsleiter der anderen Ressorts, vor allem Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, bezüglich der Unterrichtung über die Räte, den Barcelona-Prozess, das Konzept der EU für die WTO-Jahrtausendrunde, die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK), sowie die Beziehungen der EU mit ASEAN, USA, Kanada, Japan, Lateinamerika, Türkei, und Russland sowie Fragen aus dem Bereich Justiz/Inneres.

d) Anhörungs- oder sachverständige Personen im Ausschuss

Als Anhörungs- bzw. sachverständige Personen haben dem Ausschuss im ersten Halbjahr 1999 zur Verfügung gestanden: Als Präsident (am 20. Januar 1999) und als Präsidiumsmitglied (am 21. April 1999) des Europäischen Rechnungshofs, Prof. Dr. Bernhard Friedmann, der Leiter der Dienststelle der Europäischen Kommission „Task- Force Beitrittsverhandlungen“, Nikolaus van der Pas (am 27. Januar 1999), die Vorsitzende des Ausschusses des Europäischen Parlaments für Haushaltskontrolle, Frau Diemut Theato, der stellvertretende Generalsekretär der Europäischen Kommission, Bernhard Zepter, sowie Christian Timmermanns, stellvertretender Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Europäischen Kommission und Leiter der Task Force zur Schaffung von OLAF.

Im zweiten Halbjahr 1999 haben in den Sitzungen des EU-Ausschusses als Anhörungs- bzw. sachverständige Personen zur Verfügung gestanden: die deutschen designierten Kommissare der Europäischen Kommission, Herr Günter Verheugen und Frau Dr. Michaela Schreyer (am 8. September 1999); der Kommissar für Wettbewerb, Prof. Dr. Mario Monti (am 2. Dezember 1999).

In der Sitzung am 27. Oktober 1999 standen als Experten von internationalen Finanzinstitutionen die folgenden Personen zur Verfügung: Herr Jean-Eric Paquet, zuständig für die finanziellen Instrumente der Erweiterung im Kabinett von Kommissar Günter Verheugen, Frau Ingrid Matthäus-Maier, Mitglied des Vorstandes der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Herr Franz Kapps, Senior Advisor bei der Weltbank für den Bereich Aid Coordination and Partnership, Herr Dr. Bernd Esdar, deutscher Exekutivdirektor beim Internationalen Währungsfonds, Herr Weber-Krebs, Generaldirektor bei der Europäischen Investitionsbank, Herr Jörg Rahnau, Stellvertreter des deutschen Exekutivdirektors der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Frau Ministerialdirektorin Selz vom Bundesfinanzministerium. Im Rahmen einer öffentlichen Sitzung waren alle Botschafter der zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidatenländer sowie Maltas und Zyperns vertreten. Nach den katastrophalen Erdbeben in der Türkei und in Griechenland setzte der Ausschuss durch eine Begegnung mit beiden Botschaftern am 8. September 1999 ein Zeichen.

e) Öffentliche Sitzungen

Der Ausschuss hat seine Sitzungen wiederholt öffentlich durchgeführt: Zum Beispiel am 20. Januar 1999 (Prof. Bernhard Friedmann „zum Schutz finanzieller Interessen der EU“), am 27. Januar 1999 (Nikolaus van der Pas „zum Erweiterungsaspekt der Agenda 2000“), am 10. Februar 1999 mit Bundesminister Karl-Heinz Funke „zur Revision der gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der Agenda 2000“. In einer Anhörung am 21. April 1999 zur Bekämpfung von Betrug und Korruption in der EU sowie in der Sitzung am 2. Juni 1999 mit Bundesminister Joseph Fischer und Bundesminister Hans Eichel im unmittelbaren Vorfeld des Kölner Gipfels war ebenfalls die Öffentlichkeit zugelassen.

Der Ausschuss hat seit 1. Juli 1999 zwei Sitzungen öffentlich durchgeführt: Am 27. Oktober 1999 ein Fachgespräch mit Vertretern europäischer und internationaler Organisationen zu den Hilfeleistungen für die MOEL und am 1. Dezember 1999 eine Sitzung mit den Botschaftern der Beitrittsländer.

f) Wichtige Beschlussempfehlungen

Der Ausschuss hat im unmittelbaren Vorfeld des Berliner Gipfels eine umfangreiche Beschlussempfehlung zur Agenda 2000 vorgelegt. Des Weiteren hat der Ausschuss im Verlauf der Ratspräsidentschaft, insbesondere im Vorfeld des Europäischen Rats in Köln, gegenüber der Bundesregierung seine Haltung deutlich gemacht.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat im zweiten Halbjahr, in der 22. Sitzung, eine Beschlussempfehlung über das Arbeitsverfahren bei der Ausarbeitung eines Entwurfs einer EU-Charta der Grundrechte abgegeben. Dabei hat er – was seinen Niederschlag in den Schlussfolgerungen des ER Tampere gefunden hat – großen Wert darauf gelegt, dass in dem Gremium, welches die Charta ausarbeiten soll, Repräsentanten der nationalen Parlamente vertreten sind und der/die Vorsitzende des Gremiums von diesem selbst gewählt wird. Vertreter des Deutschen Bundestages in diesem Gremium sind die Mitglieder des EU-Ausschusses Professor Dr. Jürgen Meyer (ordentliches Mitglied) und Peter Altmaier (stellvertretendes Mitglied). In der konstituierenden Sitzung des Gremiums am 17. Dezember 1999 in Brüssel wurde der Vertreter der Bundesregierung, Bundespräsident a.D. Roman Herzog, zum Vorsitzenden des Gremiums gewählt.

g) Behandelte Dokumente

Seit Beginn der Wahlperiode hat der Ausschuss 53 Bundestagsdrucksachen, 137 Ratsdokumente und 78 EP-Dokumente behandelt und erledigt. Seit 1. Januar 1999 wurden insgesamt 268 Dokumente erledigt.

3. Europäische und internationale Außenbeziehungen des Ausschusses

- Am 25. Januar 1999 fand ein Treffen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn José Maria Gil-Robles Gil-Delgado, statt.
- Im Februar 1999 reiste eine Ausschussdelegation zur Assemblée Nationale nach Paris.
- Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Prof. Dr. Meyer, traf am 8. Februar 1999 eine Delegation des EU-Ausschusses des Dänischen Folketings.
- Am 9. Februar 1999 traf sich der Ausschuss mit dem Ersten Minister der neuen Nordirischen Versammlung, David Trimble.
- Am 10. Februar 1999 fand ein Gespräch mit einer Delegation des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments statt.
- Am 22. Februar 1999 gab es ein Treffen mit einer Delegation des EU-Ausschusses des Schwedischen Reichstags.
- Am 4. März 1999 führte der Vorsitzende ein Gespräch mit dem Präsidenten der Nationalversammlung der Ungarischen Republik, Herrn Dr. János Áder.
- Vom 27. bis 29. März 1999 unternahm der Vorsitzende eine Reise nach Albanien.
- Der Ausschuss traf am 6. Mai 1999 mit einer Delegation des tschechischen Senats in Bonn zusammen.
- Ebenfalls am 6. Mai 1999 ist der Vorsitzende des Ausschusses mit dem Vizepräsidenten des österreichischen Nationalrates, Dr. Neiser, in Bonn zusammengetroffen.

- Die Abgeordneten Dr. Ralf Brauksiepe, Dietmar Nietan und Michael Roth nahmen am 13./14. Mai 1999 an einer Konferenz junger Parlamentarier aus den EU-Mitgliedstaaten in Athen teil.
- Am 22. Juni 1999 traf der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Prof. Dr. Meyer, mit finnischen Fachkräften aus der Jugendarbeit zusammen.
- Am 23. Juni 1999 nahm eine Delegation aus Mitgliedern der Staatsduma und des Föderationsrates der Russischen Föderation unter Leitung des Vorsitzenden der Staatsduma für internationale und auswärtige Angelegenheiten, Herr Vladimir Petrovitsch-Lakin, an der Sitzung des Ausschusses teil.
- Am 28. Juni 1999 trafen Mitglieder des Ausschusses mit einer Delegation aus Estland, Lettland, Litauen und Polen zusammen.
- Der Abg. Dr. Norbert Wieczorek traf am 28. Juni 1999 in Bonn mit 10 Mitgliedern des ständigen Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Kanadischen Senats zusammen.
- Vom 5. bis 6. Juli 1999 unternahm der Vorsitzende eine Reise nach Polen.
- Vom 7. bis 9. Juli führte eine aus sieben Mitgliedern bestehende Delegation des Ausschusses unter Leitung des Ausschussvorsitzenden, Dr. Friedbert Pflüger, politische Gespräche in Zypern. Weitere Mitglieder der Delegation waren Abg. Prof. Dr. Jürgen Meyer, Abg. Günter Gloser, Abg. Michael Stübgen, Abg. Christian Sterzing, Abg. Ernst Burgbacher und Abg. Dr. Klaus Grehn.
- Der Vorsitzende führte vom 10. bis 15. Juli 1999 eine Informationsreise nach Israel, Jordanien und Syrien durch, um die Chancen des Friedensprozesses nach den Neuwahlen in Israel und die Möglichkeiten der EU zu erörtern.
- Die Abgeordneten Ursula Heinen und Michael Roth nahmen an einer Konferenz junger Parlamentarier aus den EU-Mitgliedstaaten am 23./24. September 1999 in Udine teil, das vom italienischen Parlament organisiert wurde.
- Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Abg. Prof. Dr. Jürgen Meyer, traf am 10. November 1999 eine Delegation junger politischer Führungskräfte des Australischen Parlaments.
- Vom 14. bis 18. November 1999 hielt sich eine aus sechs Mitgliedern bestehende Delegation des Ausschusses unter Leitung des Abg. Michael Stübgen in Litauen, Lettland, Estland und Finnland auf. Weitere Mitglieder der Delegation waren Abg.

Winfried Mante, Frau Abg. Marianne Klappert, Abg. Dr. Ralf Braucksiepe, Abg. Christian Sterzing und Abg. Manfred Müller (Berlin).

- Am 24. November 1999 wurde der Ausschuss im interparlamentarischen Forum zum Thema „Stabilität und Wiederaufbau auf dem Balkan“ in Paris durch Abg. Manfred Müller vertreten.

4. XX. und XXI. Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments (COSAC)

Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft war der Deutsche Bundestag, vertreten durch den EU-Ausschuss, Gastgeber der XX. COSAC, die am 31. Mai bis 1. Juni 1999 in Berlin stattfand. Er war vertreten durch seinen Vorsitzenden, Dr. Friedbert Pflüger, seinen stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Jürgen Meyer sowie die Abgeordneten Frau Hedi Wegener und Michael Stübgen.

Es handelte sich bei dieser Konferenz um die einzige Parlamentarische Konferenz während der deutschen EU-Ratpräsidentschaft und die erste internationale Konferenz überhaupt, die im Plenarbereich Reichstagsgebäude in Berlin veranstaltet wurde.

Auf der Tagesordnung standen wichtige Themen wie die institutionellen Reformen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Agenda 2000, die Handelsbeziehungen der EU zu den USA und anderen Regionen der Welt und die deutsche Ratspräsidentschaft.

An der Konferenz nahmen mehr als 200 Parlamentarier aus 27 europäischen Ländern teil. Erstmals bei einer COSAC–Veranstaltung hatten die Parlamentarier der Beitrittsländer zu allen Tagesordnungspunkten Rederecht. Auch tagte die XX. COSAC erstmals öffentlich. Beide Neuerungen haben auf Initiative der deutschen Delegation Eingang in die neugefasste Geschäftsordnung der COSAC gefunden.

In den „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ forderten die Parlamentarier unter anderem, dass das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente stärker als in der Vergangenheit am Reformprozess beteiligt werden. Dabei komme auch der COSAC eine wichtige Rolle zu. Die Teilnehmer der XX. COSAC riefen darüber hinaus alle Wähler in der Europäischen Union dazu auf, sich an der fünften Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Zeit vom 10. bis 13. Juni 1999 zu beteiligen: „Wer für mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Bürgernähe in der Europäischen Union eintritt, muss sich an der Wahl zum Europäischen Parlament beteiligen.“ (Aufruf zur Wahl zum Europäischen Parlament in: Protokoll der XX. COSAC, S. 65)

Bei der XXI. COSAC vom 10. bis 12. Oktober 1999 in Helsinki wurde der Deutsche Bundestag durch den stellv. Vorsitzenden des EU–Ausschusses, Herrn Abg. Prof. Dr. Jürgen Meyer, Herrn Abg. Michael Stübgen und Herrn Abg. Michael Roth vertreten.

Die Konferenz hatte eine umfangreiche Tagesordnung, die am ersten Tag die EU–Prioritäten in den Bereichen Freiheit, Sicherheit, Justiz, einschließlich der Vorbereitung der EU–Charta der Grundrechte, der ökonomischen, finanziellen, beschäftigungspolitischen Implikationen der Erweiterung der EU und am zweiten Tag die Beziehungen zwischen der EU und Russland und der Reform der Geschäftsordnung der COSAC behandelte. Die reformierte Geschäftsordnung wurde verabschiedet (vgl. Rules of Procedure of the Conference of Community and European Affairs Committees of Parliaments of the European Union – COSAC, abgedruckt in der Schriftenreihe des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Texte und Materialien, Bd. 1, S. 55 – 62)